



S.A.F.E. e.V. | Karl-Marx-Allee 71 | 10234 Berlin

Bundesministerium für Wirtschaft und Klima

Herrn Carsten Dippel

Per Mail: Carsten.Dippel@bmwk.bund.de, BUERO-IVA6@bmwk.bund.de

Berlin, 24.03.2023

Stellungnahme des S.A.F.E. e.V. zum Referentenentwurf der Dritten Verordnung zur Änderung der Ladesäulenverordnung (LSV)

Allgemein

Die Software Alliance for E-mobility (S.A.F.E. e.V.) ist ein [Zusammenschluss](#) von über 100 verschiedenen deutschen und internationalen Herstellern, Ladestationsbetreibern sowie Mobility Service Providern mit dem Ziel, eine einheitliche, eichrechtskonforme Transparenzsoftware zur Verfügung zu stellen. Eine gemeinsame Transparenzsoftware für die Elektromobilität in Deutschland bringt dem Verbraucher eine einfache und einheitliche Möglichkeit, Rechnungsdaten auf deren Gültigkeit zu überprüfen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum oben genannten Referentenentwurf Stellung zu nehmen. Wir freuen uns, wenn Sie unsere Hinweise im weiteren Prozess berücksichtigen.

Verschiebung der Frist für die verpflichtende Bereitstellung einer Bezahlungsmöglichkeit mit Debit oder Kreditkarte

Der S.A.F.E. e.V. begrüßt den Vorschlag der Bundesregierung zur Anpassung der LSV in den vorgestellten Punkten. Die vorgeschlagene Verschiebung der Frist auf den 1. Juli 2024 für die „verpflichtende Bereitstellung von mindestens einer Möglichkeit zur kontaktlosen Bezahlung durch Vorhalten einer gängigen Debit- oder Kreditkarte“ ist zu unterstützen.

Die Verschiebung der Frist gibt der Branche ausreichend Zeit, weitere Lösungen zu entwickeln und zu einem wettbewerblichen Anbietermarkt in Deutschland beizutragen. Die gegenwärtige Auslegung des Eichrechts durch die Physikalisch Technische Prüfanstalt des Bundes (PTB) in Bezug auf die Nutzung eines Kartenterminals erscheint als zu strikt und grenzt so mögliche Lösungen für die Bereitstellung von eichrechtskonformen Lösungen unnötig ein. Eine Verschiebung der Frist erlaubt dem Markt gemeinsam mit der PTB weitere Lösungen für das eichrechtskonforme Ad-hoc Laden unter der Nutzung eines Kartenterminals zu erarbeiten.



Aktuell findet auf EU-Ebene der Trilog zur Ausgestaltung der Alternative Fuels Infrastructure Regulation (AFIR) statt. Im Rahmen dessen wird auch die Pflicht zur Installation von Kartenterminals in sowohl bestehenden als auch neu zu installierenden Ladesäulen ein Thema sein.

Das Inkrafttreten der AFIR wird unweigerlich eine Anpassung der deutschen LSV nach sich ziehen müssen, da die LSV die AFIR in deutsches Recht umsetzen wird.

Im Gegensatz dazu würde ein Inkrafttreten der LSV vor der Neuregelung der AFIR zu starken Planungsunsicherheiten für die Unternehmen der Ladeinfrastruktur-Branche führen. Die rechtliche Unsicherheit könnte aus Sicht des S.A.F.E. e.V. zu einem erheblichen Investitionsstau beim Ausbau der Ladeinfrastruktur führen. Die Gefahr bestünde, dass Unternehmen geplante Investitionen verschieben könnten, bis gesetzliche Klarheit durch die in Kraft getretene AFIR erfolgt wäre. Dies wäre in Anbetracht des dringend notwendigen schnellen Ausbauziels kontraproduktiv.

Daher unterstützt der S.A.F.E. e.V. die Fristverschiebung für die Verpflichtung zur Bereitstellung eines Kartenterminals. Eine Berücksichtigung der Reihenfolge des fristgerechten Inkrafttretens der AFIR und LSV ist daher essenziell und verschafft allen Marktteilnehmern Sicherheit.

Veröffentlichungspflicht im Ladesäulenregister

Der S.A.F.E. e.V. begrüßt die Veröffentlichungspflicht im Ladesäulenregister der Bundesnetzagentur, um mögliche Vorteilsnahmen über das THG-Quotenmodell einzudämmen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Kontakt:

Dr. Matthias Grote

Leiter der Geschäftsstelle

E-Mail: matthias.grote@safe-ev.de

Tel: 0174/ 3062364